

DER BOLOGNA-REFORMPROZESS UND NEUE ANFORDERUNGEN AN DIE AUSLANDSGERMANISTIK

BORIS DUDAŠ
Universität Rijeka, Kroatien

1. Einleitung

Die Ausgangshypothese für diesen Aufsatz lautet, dass die Reform der Hochschulen¹ – wenn auch im Schnecken tempo - in die 'richtige' Richtung geht, d.h. in die sowohl von denen 'dort oben' als auch von den meisten Studierenden gewünschte Richtung. Also ist die Reform sowohl politisch als auch basisdemokratisch gewollt.

Die Hochschulreformen werden durchgeführt in Gesellschaften, die sich den Anforderungen des 21. Jahrhunderts, vor allem den Anforderungen der Globalisierung, stellen müssen. Im 21. Jahrhundert gibt es einen neuen 'Gott' (oder Götzen, je nach Perspektive und Weltbild) – das ist der ArbeitsMarkt.

Südosteuropäische Gesellschaften und Hochschulen können in Bezug auf den Arbeitsmarkt, auf die Schädlichkeit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und auf den durch die Globalisierung verursachten Strukturwandel viel vom 'Lehrmeister' Deutschland lernen. In den letzten Jahrzehnten wurde die BRD von der 'Fusionitis', d.h. von der Tendenz, dass Unternehmen fusionieren, und das im nationalen Rahmen in den 80ern und 90ern, international dann in den 90er Jahren und am Anfang des 21. Jahrhunderts, heimgesucht. Die Fusionen zahlreicher Wirtschaftsunternehmen verursachten einen steilen Produktivitätsanstieg, der zusammen mit der einsetzenden Computerisierung die Nachfrage nach Arbeitskräften nachlassen ließ. Die einsetzende Rationalisierung verursachte einerseits einen regelrechten 'Krieg zwischen Generationen', da die jungen HochschulabsolventInnen und Schulabgänger keine Festeinstellungen finden konnten, da die älteren Arbeitgeber wiederum noch durchaus arbeitsfähig waren und die Rentenversicherungen ihre im Falle der Arbeitslosigkeit finanziellen und Statusverluste nicht auffangen konnten. So entstand ein regelrechter Stau auf dem Arbeitsmarkt, den man zunächst (in der ersten Hälfte der 90er Jahre) und vergeblich durch staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu entschärfen versuchte. Andererseits entwickelten sich neue Kriterien für die Jobvergabe: Die raren Arbeitsplätze sollten an Spezialisten vergeben werden, die im Arbeitsprozess sofort einsetzbar sein sollten – und wegen der großen Zahl der miteinander Konkurrierenden nur die besten von ihnen. So kam es Ende der 90er Jahre zur Entstehung eines medial unterstützten regelrechten Expertenwahns. Zum anderen Kriterium für die Jobvergabe ist die Nützlichkeit geworden, unterstützt dadurch, dass sich der Staat (insbesondere die Bundesländer) infolge der enormen Staatsverschuldung in Bezug auf Neueinstellungen – die bekanntlich aus Steuern finanziert werden – zurückhalten mussten. Diese neuen Bedingungen haben seit Mitte der 90er Jahre die Absolventen geisteswissenschaftlicher Disziplinen besonders stark getroffen.

¹ Dem Aufsatz muss eine Eingrenzung vorangestellt werden: Der Autor bezieht sich auf die tatsächliche Lage, die er kennt, also auf die Universität in Rijeka. Verallgemeinerungen sind nur bedingt möglich, aber notwendig.

Der Arbeitsmarkt in Kroatien, wo die Gesellschaft noch immer als patrimonial zu bezeichnen ist, weist einige Unterschiede zum deutschen auf: Noch immer verschaffen Eltern, Onkel oder Tanten oder andere Verwandte dem/der Hochschulabsolventen bzw. – Absolventin den Arbeitsplatz, wohl äußerst selten durch Korruption, viel öfter durch das ‘Vitamin B’, also durch persönliche Beziehungen und Bekanntschaften. Im Zuge der Globalisierung, der freundlichen oder feindlichen Übernahmen, der ‘Fusionitis’, infolge dessen ausländische Firmen und bürokratisierte Personalabteilungen die Personalentscheidungen in ihre Hände nehmen werden, wird sich das ändern. Andererseits droht dem verschuldeten Mittelstand die Pleitewelle.

In den USA gibt es einen Spruch, sicher im Leben seien nur der Tod und die Steuern. Dieser Spruch soll durch ‘und die Wirtschaftskrise’ ergänzt werden. Das deutsche Beispiel soll die Südosteuropäer auch belehren, dass die Reformen **vor**, nicht während der Wirtschaftskrise durchgeführt werden sollen. Und die Bildungsreformen, insbesondere die Reform der Hochschulausbildung, sind da besonders wichtig.

Über der Eingangstür in die Landwirtschaftliche Hochschule in Poreč (Kroatien) steht ein bemerkenswerter Spruch geschrieben: Non scolae, sed vitae discimus. Das Leben bedeutet vor allem die Arbeit, bei der man doch die meiste Zeit seines Lebens verbringt. Es geht aber nicht um irgendwelche Arbeit, sondern um die bezahlte, also um die Erwerbsarbeit als die Vergesellschaftungsinstanz schlechthin, mithilfe derer man die eigene Existenz bestreitet und über die man den eigenen Platz in der Gesellschaft findet.²

2. Studium und Ausbildung für den Job

So gesehen, ist das wichtigste Ziel des Studiums die Ausbildung für den Job.³ Das wird immer wieder betont, so auch am 18. Mai 2007 bei der Londoner Konferenz der Hochschulministerinnen und -minister der am Bologna-Prozess beteiligten Länder, die das Londoner Kommuniqué verabschiedet haben,⁴ das den vielsagenden Titel trägt: „Auf dem Wege zum **Europäischen Hochschulraum: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung**“ (hervorgehoben von BD)

Die zwei grundlegenden Ziele der europäischen Hochschulpolitik und des Bologna-Prozesses werden schon im Titel genannt. Im Text sind aber auch viele sog. ‘kleine’ Ziele zu finden, die aber genauso wichtig sind. Dazu gehört die Bedeutung der Verbesserung des Eintritts ins Berufsleben gleich nach dem Studienabschluss (LK 2.4). In Bezug auf die Beschäftigungsfähigkeit (Employability) werden Prioritäten bzw. Ziele für 2009 festgelegt: „Es ist notwendig, dass sich Regierungen und Hochschulen eingehender mit Arbeitgebern und anderen Akteuren über ihre Reformkonzepte austauschen.“ (LK 3.5)

Die HochschulabsolventInnen in Kroatien – diejenigen ohne gute Beziehungen -

² Vgl. DAHEIM, Hansjürgen – SCHÖNBAUER, Günther: *Soziologie der Arbeitsgesellschaft. Grundzüge und Wandlungstendenzen der Erwerbsarbeit*. Weinheim/München, JUVENTA, 1993.

³ Dem aus dem Englischen übernommenen und mittlerweile eingedeutschten Begriff „Job“ wird vor dem mehrdeutigen und ambivalenten älteren Begriff „Beruf“ Vorzug gegeben. Der Job hat einen ausschließlich professionellen Bezug, während dem „Beruf“ auch die schicksalhafte Konnotation anhaftet.

⁴ Das Londoner Kommuniqué ist in deutscher Übersetzung auf www.bmbf.de zu finden, in kroatischer Übersetzung auf www.mzos.hr. Der englische Text ist auf zahlreichen Web-Seiten zu finden, man braucht nur das Google-Suchprogramm suchen zu lassen.

beschweren sich, dass sie nach dem Studienabschluss keinen Job bekommen bzw. finden. Diesbezüglich sollte man ihnen zunächst erklären, dass ein Job kein Geschenk ist, den man einfach so bekommt, sowie, dass die Jobs normalerweise nicht herumliegen, so dass man sie nur zu finden braucht. Freilich kann man Jobs auch finden – wenn es Jobangebote gibt. Irgendwann wird es diese nicht mehr geben, so dass die heutigen HochschulabsolventInnen gut beraten sind, wenn sie sich Jobs schaffen, sie ins Leben rufen.

Egal ob man einen Job findet oder sich einen ausdenkt, immer muss die Beschäftigungsfähigkeit gewährleistet sein. In Zukunft betrifft das sowohl die B.A.- als auch die M.A. - AbsolventInnen,⁵ und damit auch die betreffenden Studiengänge und -programme. In Kroatien ist man der Meinung, die B.A. - Absolventen werden wohl arbeitslos bleiben, also werden alle Masterstudien absolvieren müssen, was auf der europäischen Ebene wohl nicht so gemeint ist.

Auf der Doktoratsebene (PhD-Ebene) werden Wissenschaftler produziert – auch Wissenschaftler, die in der Wirtschaft tätig werden, was oft vergessen wird. Die Organisation von Promotionsstudien ist zurzeit noch nicht so weit vorangeschritten und es wird sowieso viel geändert, deshalb werden sie in diesem Aufsatz nicht behandelt.

In Kroatien ist die Reform der Studienpläne durchgeführt worden und die Studierenden studieren nach den neuen Studienprogrammen seit dem Wintersemester 2005/06. In den Formularen für die Akkreditierung der Studiengänge waren als erster Punkt die Ziele des B.A. - Studiums zu nennen, die auch im Vorlesungsverzeichnis angegeben werden müssen. Diese Ziele beziehen sich zunächst auf die Berufsprofile. Erfahrungen in Bezug auf die Berufsprofile gibt es kaum, Daten darüber, wo die erfolgreichen ehemaligen StudentInnen arbeiten, wurden und werden nach wie vor nicht gesammelt, was für die Zielsetzung der Studienpläne sicherlich von Nutzen wäre. Auch ohne Erfahrungsdaten kann man die Berufsprofile bilden, der Phantasie sind eigentlich keine Grenzen gesetzt - aber diese Berufsprofile müssen seriös ausgearbeitet werden. Wir nennen freilich mögliche Beschäftigungsmöglichkeiten in unseren Studienplänen: in den Medienanstalten, in Bibliotheken, in Archiven usw. Allerdings bieten wir den Studierenden entweder keine oder nur wenige passende Lehrangebote. Mit anderen Worten: Studienziele und -inhalte weichen voneinander erheblich ab.

3. Berufsprofilbildung und Studienprogramme

Im Prinzip sind in Bezug auf Berufsprofilbildung zwei Arten von Studienprogrammen möglich: mit einem Berufsprofil oder mit mehreren. Programme, in denen ein Berufsprofil konzipiert wird, haben einen Vorteil: Sie bieten nämlich eine zielgerichtete und vollständige Ausbildung, die relativ einfach zu planen und bewerkstelligen ist und relativ selten geändert werden muss. Sie weisen aber auch einen erheblichen Nachteil bzw. eine Gefahr für die AbsolventInnen auf: Was, wenn die AbsolventInnen in diesem Berufsfeld keinen Job finden? In diesem Fall haben sie entweder umsonst studiert oder sie müssen sich so bald wie möglich umqualifizieren (oder sich unendlich weiterbilden) lassen. Ein Beispiel für einen Studiengang mit einem Berufsprofil ist der integrierte (fünfjähriges Studium, ohne den ersten B.A. - Abschluss nach drei Jahren) Studiengang für Lehrerbildung.

⁵ In diesem Aufsatz werden die in der BRD üblichen Bezeichnungen B.A. und M.A. benutzt.

Studiengänge, die mehrere Berufsprofile anbieten, haben den Vorteil, dass sie flexibler sind, d.h. wenn der/die Absolvent/in in einem Beruf keinen Job findet, findet er/sie ihn im anderen Beruf, z.B. als Übersetzer, als Touristenführer oder in bestimmten Institutionen. Außerdem bekommen die Studierenden ein oder mehrere Semester Zeit, um sich zu entscheiden, um das Studium den eigenen Fähigkeiten und Vorlieben anzupassen, um eigene Prioritäten festzulegen usw. Ein eventueller Nachteil dieser Studiengänge ist möglicherweise ihre 'Oberflächlichkeit' bzw. die fehlende Spezialisierung. Mit solchem 'Studium light' macht sich manch einer schwer, insbesondere in Deutschland, wo bisher Studien der Geisteswissenschaften schwer und sehr anspruchsvoll waren, vor allem weil die Studierenden weitgehend auf sich selbst gestellt waren.

Das Londoner Kommuniké betont allerdings die Wichtigkeit des „systematische(n) Ausbau(s) flexibler Ausbildungswege zur Unterstützung lebenslangen Lernens“ (LK 2.11). In einer Umwelt, in der die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt permanent sind und in der keiner mit Sicherheit sagen kann, wie sich der Arbeitsmarkt entwickeln wird, ist das 'Lernen zu lernen' die wichtigste Kompetenz.

Diese Erkenntnis wird sich nur zögerlich durchsetzen in Südosteuropa, wo es noch immer heißt, man müsse lernen, um einen Job zu bekommen, und wenn man einmal den Job bekommen habe, dann müsse man nicht mehr lernen. Wie die Eltern ihre Kinder wohlwollend beraten: Lerne, um nicht später arbeiten zu müssen. Im 21. Jahrhundert beginnt das Lernen aber eigentlich nach dem Erststudium, auch wenn das die Studierenden von heute nicht hören wollen und ungläubig gucken.

Wie sieht die Umsetzung der Lernkompetenz in Rijeka aus? Es gibt etliche intelligente und fleißige Studierende, die schon vor dem Studium lernen gelernt haben. Das sind die erfolgreichen StudentInnen – die anderen fallen durch und verschwinden irgendwann aus den Augen und in der Statistik, die nicht geführt wird. Übrigens ist es auch in Deutschland nicht viel anders gewesen, nur dass den Studierenden mehr Zeit gegönnt wurde und sie nicht von Prüfung zu Prüfung gehetzt wurden, da es in der Regel nur zwei bis drei Zwischenprüfungen und genau so viele Abschlussprüfungen gab. An einigen Zwei-Fach-Studiengängen in Kroatien haben die Studierenden dagegen zehn, ja sogar bis zu fünfzehn Prüfungen jährlich abzulegen.

4. Die Ziele des Bologna-Prozesses

Eines der erklärten Ziele des Bologna-Prozesses ist es, den Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss anzuheben, einerseits um weltweit konkurrenzfähig zu bleiben, andererseits um den Strukturwandel der Wirtschaft, die sich immer mehr auf Wissen gründet, leichter zu bewältigen. In ganz Südosteuropa gibt es viel zu wenig Menschen mit Hochschulausbildung, in Kroatien z.B. haben 7 % der Gesamtbevölkerung eine Hochschulausbildung. Einer der Gründe dafür ist auch die sehr hohe Abbruchquote. Die Abbruchquote ist auch in Deutschland sehr hoch,⁶ der Anteil der universitär Gebildeten an der Gesamtbevölkerung ist aber viel höher. Nichtsdestotrotz wird von den Hochschulpolitikern in Deutschland die 40%-Marke zum Ziel gesetzt. Das hat auch sozialstaatliche bzw. ökonomische Gründe: Die Arbeitslosenstatistiken zeigen, dass die Arbeitslosigkeit bei den Akade-

⁶ Statistiken aus den 90er Jahren sind mir allerdings unbekannt, es ist sogar fraglich ob sie je geführt wurden.

mikern relativ niedrig ist, da sie nicht auf die Staatshilfe warten, sondern sich aktiv um Alternative bemühen.

Die Berufsalternative bzw. mehrere Berufsmöglichkeiten sollen durch die schon erwähnten flexiblen Ausbildungswege erreicht werden. Für Studienprogramme bedeutet das, dass in ihnen Wahlmöglichkeiten angeboten werden sollen, damit die Studierenden zwischen unterschiedlichen Modulen (bzw. Fächern) wählen können. Das erworbene Wissen dürfen die Studierenden dann im M.A. - Studium zum Expertenwissen vertiefen, die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen sowie das Grundwissen in bestimmten Bereichen befähigt die B.A. - Absolventen, Jobs in den von ihnen ausgewählten Berufsprofilen auszuüben.

Die Umsetzung in Rijeka ist zugegebenermaßen noch immer mangelhaft. Es wurde noch keine stringente Modularisierung der Studienprogramme vorgenommen. Als Fortschritt bei den bisherigen Reformen ist zu verzeichnen, dass es überhaupt Wahlmöglichkeiten gibt: Die Studierenden können hier und dort ein Fach abwählen. Die Tradition von Wahlmöglichkeiten gibt es in Südosteuropa nicht und Studiengänge wurden bisher aufs Genaueste vorgeschrieben. Das geht sogar so weit, dass sogar der Sportunterricht nach wie vor als obligatorisch vorgeschrieben ist und die Studierenden dafür ECTS-Punkte bekommen.

In der Verlautbarung der Minister in London wird auch nicht-formelles und informelles Lernen betont bzw. besonders erwähnt, und das in Bezug auf die Anerkennung von Qualifikationen (LK 2.5). Diesbezüglich sieht es in Südosteuropa ganz schlecht aus: Die Studierenden glauben, man brauche nur das Studium, alles andere würde nichts zählen. Und die Lehrenden unterstützen sie in diesem Glauben bzw. Irrtum. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen, dass zusätzliche Aktivitäten außerhalb der Hochschulen bei der Jobsuche vom entscheidenden Vorteil sein können. Den potentiellen Arbeitgeber interessiert sicherlich, was der Kandidat / die Kandidatin im Studium gelernt hat, er möchte aber auch erfahren, ob diese/r bereit ist, etwas mehr und etwas völlig freiwillig und ohne automatische Gegenleistung zu tun.

Die Berufsausbildung ist die eine Seite des B.A. - Studiums, die andere ist die soziale (eigentlich die politische) Dimension, die im Londoner Kommuniqué auch hervorgehoben wird:

„Der Hochschulbildung sollte bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts, beim Abbau von Ungleichheit und der Anhebung des Bildungsniveaus eine bedeutende Rolle zukommen. Die Politik sollte daher anstreben, das Potential der Einzelnen im Hinblick auf die persönliche Entwicklung und ihren Beitrag zu einer **nachhaltigen und demokratischen wissensbasierten Gesellschaft** in höchstem Maße auszuschöpfen.“ (LK 2.18 – hervorgehoben von BD)

Den Hochschulen wird somit die besondere Verantwortung für die Nachhaltigkeit und für die Demokratie beigemessen, ihr wird die „zentrale Rolle bei der Definition und Vermittlung der Werte, auf denen unsere Gesellschaften beruhen“ (LK 1.4) zugeschrieben und das sind demokratische Werte. Das kommt auch in der Aufzählung der vielfältigen Zwecke der Hochschulen zum Ausdruck, und das sind „die Vorbereitung der Studierenden auf **ein Leben als aktive Bürger in einer demokratischen Gesellschaft**, die Vorbereitung der Studierenden für ihre künftige Laufbahn und die Förderung ihrer persönlichen Entwicklung,

die Schaffung und Erhaltung einer breiten, modernen Wissensbasis sowie die Förderung von Forschung und Innovation“ (LK 1.4 – hervorgehoben von BD)

Akademiker haben die Pflicht, mündige Bürger zu sein, und dazu müssen sie durch die Hochschulbildung vorbereitet werden. In Deutschland hat die (politische) Bildung zum mündigen Bürger Tradition und sie wird hoch geschätzt. Dementsprechend gibt es Sozialkunde auf dem Gymnasium, politische Stiftungen fördern die StudentInnen, die sozialpolitisches Engagement vorweisen können, es gibt zahlreiche Vereine, in denen sich Menschen ehrenamtlich engagieren ... Die politische Bildung in Südosteuropa ist dagegen als katastrophal zu bezeichnen, ja sie ist so gut wie gar nicht vorhanden. Das ist einerseits als eine Reaktion auf die kommunistischen Zeiten zu verstehen, als die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Vorteile mit sich brachte, in der man sich aber opportunistisch, passiv und unkritisch verhalten musste. Andererseits ist das sicherlich auch eine Reaktion auf die korrupte Politik bzw. auf die korrupten Politiker der letzten zwanzig Jahre zu verstehen, die das Bild von Politik als schmutzigem Geschäft verfestigt haben. Gerade in Bezug auf die politische Bildung und Erziehung zum mündigen Bürger können die Literaturwissenschaft und -vermittlung (und insbesondere in der Auslandsgermanistik) sehr von Nutzen sein.

Die studentische Evaluation der Lehre bewirkt, dass auch die Literaturwissenschaft und -vermittlung unter dem Kriterium der Nützlichkeit gesehen werden. Die Literatur und die Literaturwissenschaft werden gemeinhin für etwas Schönes, aber weitgehend Nutzloses gehalten. Sie können sich aber als multifunktional entpuppen, indem sie der Entwicklung von Sprachkompetenzen – sowohl von rezeptiven Kompetenzen Hör- und Leseverständnis als auch von produktiven Kompetenzen Reden und Schreiben –, von Lernkompetenzen (lernen zu lernen) und der persönlichen Entwicklung dienen und die Grundlage für das demokratische Engagement von künftigen Akademikern liefern.

Ihre Nützlichkeit wird sich letztendlich im Joballtag unserer AbsolventInnen erweisen. Wo arbeiten aber GermanistInnen mit Hochschuldiplom? In den letzten Jahren haben nur wenige Germanistik-Absolventen aus Rijeka in der Schule Arbeit gefunden. Manchmal finden die GermanistInnen Anstellung bei (österreichischen oder deutschen) Banken und Versicherungen, auch wenn sie keine Ahnung von Wirtschaft und Finanzen haben und dazu nicht im Geringsten vorbereitet wurden. Öfter arbeiten sie aber in Übersetzungsbüros (haupt- oder nebenberuflich), als selbständige Gerichtsdolmetscher (nebenberuflich) oder in privaten Sprachschulen (haupt- oder nebenberuflich). Für diese Jobs werden sie im Laufe des Studiums einigermaßen gut vorbereitet. Meistens geben sie aber Nachhilfeunterricht (nebenberuflich und am Fiskus vorbei), arbeiten als Touristenführer (nebenberuflich und am Fiskus vorbei) oder übersetzen für Firmen mit Sitz in Deutschland oder in Österreich (nebenberufliches Teleworking und am Fiskus vorbei). Zu gesicherten Daten, die statistisch ausgewertet werden könnten, ist es schwer zu kommen, da die AbsolventInnen den direkten Nachfragen ausweichen, entweder aus Scham, noch immer keinen ‘richtigen Job’ gefunden zu haben, oder weil sie am Fiskus vorbei arbeiten.

Der angebliche Vorteil dieser Jobs ist, dass man nicht schwer, sondern eher locker arbeiten darf, wobei sich die Frage stellt, ob das als eine nationale bzw. regionale Eigenheit oder als Faulheit zu bewerten ist? Da aber der Arbeitsmarkt in dieser Grauzone ausgeschöpft ist, können die GermanistInnen relativ viel Geld für ihre Leistungen verlangen. Dennoch sind sie preiswert, weil sie meist am Fiskus vorbei arbeiten. Wenn sie angestellt

werden würden, wären Sozialversicherungsbeiträge und Steuern fällig – und dann wäre ihre Arbeitskraft zu teuer bzw. im internationalen Maßstab nicht konkurrenzfähig.

5. Änderungen sind nötig

Das soll sich ändern: Durch das B.A. - Studium der Fremdsprachen soll der Arbeitsmarkt gefüllt werden. Die B.A. - AbsolventInnen sollen die Nebenjobs und die schlecht bezahlten Arbeitsplätze in Anspruch nehmen und damit auch die Preise bzw. Löhne nach unten drücken. Wer mehr Geld verdienen möchte, wird ein M.A. - Studium absolvieren müssen. Die M.A. - Studien werden ab dem Wintersemester 2008/09 durchgeführt und sind meist hoch spezialisiert bzw. auf einzelne Berufe zugeschnitten.

Besondere Beachtung verdienen die Lehramtstudien, die zur Ausübung des Lehrerberufes berechtigen. Es gibt zwei Studientypen: Die Fakultät für Lehrerbildung in Zagreb⁷ bietet ein fünf Studienjahre umfassendes integriertes Studium an. Philosophische Fakultäten bieten dagegen konsekutive Studiengänge, in denen die M.A. - Phase, die zur Ausübung des Deutschlehrerberufs berechtigt, zwei Studienjahre umfasst. Und diese M.A. - Phase ist vollgepackt mit pädagogischen Fächern, mit Methodik und Fremdsprachendidaktik, so dass für andere Angebote kaum Platz bzw. Zeit und Punkte übrig bleiben. Hinzu kommt, dass meist zwei Fächer (als zwei Hauptfächer) studiert werden.

Außerdem werden die Masterstudiengänge für Übersetzer und die interkulturelle Germanistik angeboten. Da wir uns aber noch in der Anfangsphase des Bologna-Prozesses in Bezug auf die Umsetzung von Masterstudiengängen befinden, ist die Schaffung neuer Studiengänge, wie auch die Reform der zurzeit geplanten, durchaus vorstellbar. Dabei ist zu beachten, dass die Spezialisierung auf dem M.A. - Niveau nicht zwingend geboten ist. Durchaus vorstellbar sind zum Zwecke der Ausbildung von Generalisten auch interdisziplinäre oder multidisziplinäre Masterstudiengänge.

In unserer Tradition ist es, dass wir diplomalastig sind: Mit dem Diplom in der Hand ist man jemand. Das Studienbuch – in Südosteuropa heißt es Index – wird nie mehr angeschaut. Wozu auch, wenn man weiß, was die AbsolventInnen gelernt haben, da alle dasselbe lernen? Das dürfte sich mit der Einführung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement) ändern. In Zukunft werden unterschiedliche Inhalte unter Einsatz unterschiedlicher Methoden gelehrt bzw. gelernt. Es ist anzunehmen, dass die potentiellen Arbeitgeber dann Interesse dafür zeigen werden, welche für den künftigen Job relevanten Kurse der/die Kandidat/in absolviert hat (z.B. Wirtschaftsdeutsch, Grundlagen der politischen Wissenschaft, Einführung in Jura). Die Zensur dürfte dann im Zweifelsfall zweitrangig werden.

Von besonderer, möglicherweise von entscheidender Bedeutung wird der Übergang vom B.A.- zum M.A. - Studium. Damit dieser Übergang erfolgreich verläuft, ist vor allem die Mobilität wichtig. Das Londoner Kommuniqué hebt sowohl die Wichtigkeit der Mobilität, wie auch Schwierigkeiten in ihrer Umsetzung (LK 2.2) hervor. Anzumerken ist, dass es im Studium der Fremdsprachen nicht nur um die Mobilität nach dem B.A. - Abschluss geht, sondern dass hier die Mobilität schon während des B.A. - Studiums notwendig ist. Es gibt nämlich viele Studierende, die nur einen kleinen Schubser, einen mehrwöchigen Aufenthalt oder einen Semester-Aufenthalt im Land ihrer Zielsprache brauchen, um danach

⁷ Die Fakultäten für Lehrerbildung in Osijek und in Rijeka bieten keine Ausbildung, die zur Ausübung des Berufes Deutschlehrer in der Grundschule berechtigen würde.

große Fortschritte machen zu können. Gerade für künftige Lehrer könnte die Mobilität während der B.A. - Studienphase von großer Bedeutung werden, da sie in der M.A. - Phase kaum Zeit dafür haben werden. Das sollte bedacht und entsprechende Konzepte sollten entwickelt werden.

Die Mobilität birgt auch Gefahr in sich, dass nach dem B.A. - Studium die besten Studierenden abwandern bzw. sich für ein weiteres Studium im Ausland entscheiden. Mit dieser Gefahr wird man in Südosteuropa halt leben müssen.

Sehr wichtig ist auch die Betreuung (Mentorship), vor allem für die Senkung der Abbruchquote. Die Studierenden sollen künftig als Partner angesehen und behandelt werden. In Rijeka werden zurzeit Workshops für Hochschullehrer angeboten, die ihnen die Umstellung erleichtern sollen. Viele Hochschullehrer lehnen solche Partnerbeziehung zu den Studierenden aber ab, auch weil die permanente und allumfassende Betreuung eine enorme Zusatzbelastung für die Hochschullehrer bedeutet. Eine solche Auffassung bahnt sich nur zögerlich an. Die Annahme oder die Ablehnung des neuen Verhältnisses zwischen den Hochschullehrern und den Studierenden ist wohl auch teils generationsbedingt.

6. Zusammenfassung

Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Projekte. Das bewirkt auch die Neudefinition des Studiums als ein Projekt mit dem Ziel des erfolgreichen Studiums, in dem der/die Student/in viel lernt bzw. gelernt hat. Diese Veränderung spricht auch das Londoner Kommuniqué an: „Es gibt ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass ein wichtiges Ergebnis des Prozesses ein Wandel von einer auf Hochschullehrenden zu einer auf Studierende ausgerichtete Hochschulbildung ist.“ (LK 2.1)

Eine auf die Studierenden ausgerichtete Hochschulbildung dürfte große finanzielle Anstrengungen bedeuten. Die entscheidende Rolle in diesem Prozess dürfte die Einführung von Studiengebühren spielen, zu der es wohl keine Alternative gibt. Durch die Studiengebühren werden die Studierenden zu Dienstleistungsempfängern, die Lehrkräfte bzw. die Hochschulen zu Dienstleistungsanbietern und die Hochschul(aus)bildung zur Dienstleistung. Bisher waren die Hochschulen und die Wissenschaftsinstitutionen staatlich finanzierte autoreferenzielle Systeme, in Zukunft werden sie aber marktwirtschaftlich funktionieren müssen. Möglicherweise wird es zu britischen Verhältnissen kommen: In Großbritannien werden Collages gekauft und verkauft, wie Unternehmen.

Auf dem Bildungsmarkt werden sich diejenigen behaupten können, die eine preiswerte aber hochwertige Dienstleistung anbieten. Um solche Dienstleistung anbieten zu können, müssen die Hochschulen und ihre Angehörigen miteinander sowohl konkurrieren als auch kooperieren, national wie international. Erstaunlicherweise erweist sich die Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen, sogar innerhalb ein- und derselben Universität als besonders schwierig, da zwischen unterschiedlichen Fakultäten richtige Mauern stehen. Aber auch die werden fallen.